

Bezugsbedingungen und Einzelgenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Cindensstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 - 297
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Einzelgenbestellung:
Geschäftzeit 8 1/2 bis 5 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH,
Berlin SW. 68, Cindensstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 - 297

Der polnisch-russische Konflikt.

Polen antwortet heute. - Massendemonstrationen in der Sowjetunion.

Warschau, 9. Juni (WIB.). Das polnische Außenministerium hat während des gestrigen Tages an der Antwort auf die russische Note, die wegen der Ermordung des Gesandten Wostkow an Polen gerichtet worden ist, gearbeitet. Die polnische Note wird wahrscheinlich noch im Laufe des heutigen Tages durch den polnischen Gesandten in Moskau an Litwinow übergeben werden.

Wie die Warschauer Presse erzählt, ist die Note in ruhigem Tone gehalten. Sie weist die Vorwürfe zurück, die in der russischen Note enthalten sind. Insbesondere wird der Passus widerlegt, wo die russische Note von einer Verantwortung der polnischen Regierung für den an Wostkow verübten Anschlag spricht.

Die polnische Presse weist ebenfalls die in der russischen Note vorgebrachte Anschuldigung zurück. Das Blatt der Anhänger Marschall Pilsudskis „Glos Prawdy“ tut das in sehr entschiedenem Ton und spricht von einer falschen Pose und von einem Versuch, aus dem Unglück politische Argumente zu schmieden. Dem Anwurf, daß die polnische Regierung die Tätigkeit der Gegenrevolutionäre der russischen Terroristen nicht gehörig unterbunden habe, begegnet „Kurjer Poranny“ mit der Bemerkung, daß die in ganz Europa und auch in Polen lebenden Emigranten ein Ergebnis der Sowjetpolitik darstellen. Eine zivilisierte Regierung könne aber die in Sowjetrußland üblichen Methoden des Gegenterrors nicht anwenden. Immerhin habe aber gerade Polen feinerzeit auf russischen Wunsch Massenausweisungen russischer Emigrantenfürher vorgenommen. Uebrigens sei der gute Wille Polens schon aus den gestrigen Verhaftungen russischer Emigranten ersichtlich. Das Blatt der Rationaldemokraten „Glos Warszawska Poranna“ betont, daß die russische Note in ruhigem Tone gehalten ist und daß nichts die objektive Liquidierung dieses Vorfalles hindern dürfe. Die Zeitung hegt die Hoffnung, daß der Anschlag auf die nachbarlichen polnisch-russischen Beziehungen keinen Einfluß ausüben wird.

Russenverhaftungen in Warschau.

Warschau, 9. Juni. (WIB.) Die polnische Sicherheitspolizei erhielt den Auftrag, unter der in Polen lebenden Kolonie russischer Emigranten Revisionen und Verhaftungen vorzunehmen, um festzustellen, ob nicht zu dem an dem sowjetrussischen Gesandten Wostkow verübten Mord in den russischen Emigrantenzirkeln irgendeine Verbindung bestände. In Warschau und in Wilna wurden zahlreiche Hausdurchsuchungen vorgenommen, die insgesamt zu 35 Verhaftungen von Russen führten. Unter den Verhafteten befinden sich die hervorragendsten Mitglieder der russischen Emigrantenkolonie von Warschau und Wilna, sowie der Präsident der russischen Emigration, Gorlow, der hiesige Vertreter des Großfürsten Nicolajewitsch, ehemalige zaristische Generale, Gutsbesitzer und andere mehr.

Die Protestbewegung gegen den Mord.

Massendemonstrationen. - Die Resolutionen behaupten die Verantwortlichkeit Polens.

Moskau, 9. Juni. (Telegraphen-Agentur der Sowjet-Union.) Die Ermordung Wostkows hat in der Sowjetunion allgemeine Erregung hervorgerufen. Aus Charkow, Leningrad, Minsk, Swerdlowsk und Kiew werden zahlreiche Protestversammlungen und Kundgebungen gemeldet. In Moskau nahmen an den Demonstrationen mehrere hunderttausend Personen teil. Besonders groß waren die Kundgebungen vor dem Gebäude des Außenkommissariats, an dem Demonstrationen am 3. Uhr nachmittags bis spät abends vorbeidurhten. Die Woromski-Strasse, in der sich die polnische Mission befindet, war durch verstärkte Militärbesatzung abgesperrt. Die angenommenen Resolutionen heben hervor, daß die Ermordung Wostkows in engem Zusammenhang mit der sowjetfeindlichen Politik Englands stehe, und weisen darauf hin, daß die polnische Regierung die Verantwortung für den Mord trage; sie verlangen strenge Bestrafung des Mörders und Liquidierung der weißgardistischen Organisationen in Polen.

Die Mitglieder des diplomatischen Korps besuchten im Laufe des Tages das Außenkommissariat und sprachen ihr Beileid aus. Der deutsche Botschafter, Graf Broddorf-Ranfau, der zurzeit auf Urlaub weilt, hat ein Beileidstelegramm geschickt.

Tschitscherin schweigt.

WIB. meldet: Angesichts der in mehreren Blättern ausgetauchten Mitteilungen, der Volkskommissar für Äußeres Tschitscherin habe in seiner Unterredung mit dem Außenminister Stresemann sich dahin geäußert, der Warschauer Mord werde keinesfalls zu einer Trübung der Verhältnisse zwischen Polen und der Sowjetunion beitragen, werden wir von maßgebender russischer Seite um die Feststellung ersucht, daß der Volkskommissar Tschitscherin keinerlei Äußerungen bezüglich der möglichen Ergebnisse der Untersuchung und der Folgen des Warschauer Mordes getan hat.

Attentat in Leningrad.

Bomben in den kommunistischen Diskussionsklub.

Leningrad, 9. Juni. (WIB.) Gestern in später Abendstunde betrat ein Unbekannter den Saal des Geschäftsclubs, in dem eine Session des Leningrader Diskussionsklubs der

Kommunistischen Partei eine Mitgliederversammlung abhielt, und warf eine Bombe. Gleich darauf wurde von einem anderen Unbekannten eine zweite Bombe geworfen. Durch die Explosionen wurde der Raum zerstört und 26 Teilnehmer von der Versammlung erheblich verwundet, so daß sie sofort ins Krankenhaus gebracht werden mußten. Außerdem gab es einige leichter Verletzte. Die beiden Täter, die ihren Rückzug mit Revolvergeschüssen deckten, entkamen.

Noch ein Attentat.

Gleichzeitig mit der Bekanntgabe des Bombenwurfes auf ein Leningrader Parteilokal wird in Moskau die Meldung über ein weiteres Attentat verbreitet. Der Chef der politischen Polizei des Bezirks von Minsk, Dpanski, und sein Chauffeur wurden erschossen; zwei weitere Sowjetbeamte schwer verwundet. Das Attentat wurde ausgeführt, als der Polizeichef auf einem Motorrad einen polnischen Offizier, der unter Spionageverdacht festgenommen worden war, nach Minsk bringen wollte. Der verhaftete Pole scheint bei dem Attentat entkommen zu sein. In Moskau wird vermutet, daß es sich um einen Anschlag von Weißgardisten handelt, die dem Polen zu Hilfe gekommen seien.

Tschekas Erzählungen.

Ein Kommuniqué der Sowjetregierung, das offenbar von der G.P.U. (Tscheka) verfaßt ist, zählt eine Reihe von Attentaten und Verschörungen auf. „Die die Arbeit der englischen Regierung und ihrer untergeordneten Organe auf dem Territorium der Sowjetregierung zur Genüge kennzeichnen“. Es heißt dann weiter:

„Im Sommer 1925 wurde ein gewisser, im Besitz eines Sowjetpasses auf den Namen Steinberg befindlicher Kaufmann beim illegalen Ueberschreiten der finnischen Grenze nach der Sowjetunion von der Grenzwaache verwundet und verhaftet. Er sagte bei der Vernehmung aus, daß er Sidney George Riley heiße und daß er in Wirklichkeit ein Angestellter des englischen Geheimdienstes, Hauptmann in der englischen Luftkavallerie und einer der Hauptorganisatoren der Verschörungen Loffkarts sei, der durch Urteil des Tribunals vom 3. Dezember 1918 als außerhalb der Gesehe stehend erklärt worden ist. Allen bekundete, daß er in der Sowjetunion eigens zum Zweck der Organisation terroristischer Anschläge sowie von Brandstiftungen und Auffständen eingetroffen sei und daß er auf der Durchreise aus Amerika den englischen Schatzkanzler Churchill ausgesucht habe, der ihm persönliche (?) Instruktionen zur Organisation terroristischer Attentate und anderer Diversionsakte erteilt habe. Seine schriftlichen Aussagen sind im Besitze der Regierung. Das bei weiteren Verhaftungen beschlagnahmte Material bestätigt vollumfänglich die Aussagen Rileys.“

Ende 1926 bereiteten die Organe der G.P.U. ein Attentat auf Petrowitsch, den Vorsitzenden des Zentralsekretariatskomitees der Sowjetunion und des allukrainischen Zentralsekretariatskomitees sowie auf den Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare der Ukraine, Tschubar. Gleichzeitig wurde auf den Vorsitzenden der Leningrader G.P.U., Messing, ein Attentat verübt, dessen Urheber sich als Sohn eines früheren Obersten der Streitkräfte Petljuras, Truba, erwies, der zu Zeiten Petljuras Kommandant von Charkow war und jetzt in Warschau lebt. Der Urheber des Attentats hatte eine Zeitlang dem kommunistischen Jugendverband angehört, um dies für die Zwecke des Konterrevolutionären weißen Terrors auszunutzen und gehörte der gleichen Gruppe an wie die Konterrevolutionäre, die die Ermordung Petrowitschs und Tschubars vorbereiteten. Gleichzeitig wurde ein ehemaliger Freiwilliger der Armee Denikins verhaftet, der über den kommunistischen Jugendverband versucht hatte, in die Partei einzutreten und ein Attentat auf die Vertreter der ukrainischen Sowjetrepublik vorbereitet hatte. Für den 12. März 1927 war ein Attentat auf Bucharin im Großen Theater während seines Referates am Jahrestage der Februarrevolution vorbereitet worden, wobei es einem reinen Zufall zu verdanken war, daß der Attentäter seine Absicht, Bucharin zu ermorden, nicht erreichen konnte. Dieselbe Person, die sich als Sohn eines Kaufmanns Gurewitsch erwies, bereitete daraufhin ein Attentat auf Antow und Stalin vor. Gurewitsch wurde jedoch rechtzeitig verhaftet. Am 10. Mai wurde eine Gruppe früherer Kolltschak-Offiziere, Zöglinge des obigen Waiseninstituts in Leningrad, verhaftet. Diese Gruppe stand, den Aussagen ihrer Mitglieder zufolge, in unmittelbarer Verbindung mit White, dem Leiter der Konsulatsabteilung der englischen Mission in Moskau. Die Gruppe bereitete im Auftrag der englischen Mission eine Sprengung in der Kremli und eine Sprengung des Großen Theaters während irgendeiner großen Versammlung vor. In der Nacht zum 3. Juni bereitete die G.P.U. die Sprengung eines Hauses in der Nähe des Amtssitzes der G.P.U. Hier wurde eine vier Kilogramm schwere Melinitbombe ermittelt. Das Melinit war französischen, die Bombenhülse englischen Ursprunges. Demnach unterliegt es keinem Zweifel, daß die Bestandteile der Bombe aus dem Ausland eingeführt worden sind. Davon zeugen auch von den Attentätern zurückgelassene Gegenstände.“

Selbst wenn alle die hier behaupteten Tatsachen wahr wären, so würde damit noch keineswegs ein Beweis für die Mitschuld der polnischen Regierung an der Ermordung Wostkows erbracht sein. Man könnte höchstens die Vermutung aussprechen, daß englische Regierungsorgane im allgemeinen - also vielleicht auch in diesem Falle - Terrorakte in Sowjetrußland begünstigen.

Aber die Geschichte des Herrn Riley, der mit persönlichen (?) Instruktionen Churchills nach Rußland gereist sein soll, um Attentate zu verüben und Aufstände zu organisieren, klingt im höchsten Grade unglaubwürdig.

Der Märtyrer von Bengalen.

Zur Freilassung von Subhash Chandra Bose.

Von Franz Josef Furtwängler.

Vor einer Reihe von Tagen meldeten englische Zeitungen, daß der junge Bengale Subhash Chandra Bose, der, wie ich vor Monaten des öfteren im „Vorwärts“ erwähnte, von der britischen Regierung aus politischen Gründen seit drei Jahren eingekerkert wurde, nunmehr auf freien Fuß gesetzt worden sei.

Boses Freilassung erfolgte in unmittelbarem und unverkennbarem Zusammenhang mit dem offiziellen Beginn der feindlichen Handlungen der englischen konservativen Regierung gegen die Sowjetrepublik und ist als eine Art Vorbereitungsakt dazu anzusehen. Das geht auch daraus hervor, daß die konservative englische Presse, welche sonst immer der Verlängerung seiner Einkerkelung das Wort redete, jetzt seine Entlassung billigt.

S. C. Bose ist nun dreißig Jahre alt. Er ist der jüngste von drei Söhnen eines reichen und angesehenen Bengal-Brahmanen aus einem Bororte von Kalkutta. Alle drei Brüder sind Juristen und stehen als prominente Mitglieder der swarajistischen Partei sehr aktiv in der politischen Freiheitsbewegung des Landes. Der hervorragendste unter ihnen war schon früh der junge, hoffnungsvolle Subhash Chandra. Seine juristischen Studien führten ihn um die Zeit des Kriegsendes nach England, und als er sich in Cambridge um die Aufnahme in eine der damals besonders üppig ins Kraut schießenden studentischen Militärformationen bewarb, ging von der Universitätsleitung eine vertrauliche Anfrage an den englischen Beamten seiner Heimatstadt in Indien, ob es nach Herkunft und Denkart des etwas unheimlich intelligenten und energischen jungen Mannes rätlich sei, ihm die Unterweisung in militärischen Dingen angedeihen zu lassen. Die Vertraulichkeit solcher Anfragen findet zuweilen ihr Ende beim sechsten Whisky, und so hat auch diese heute ihre Mitwisser. Ob er schließlich in die Truppe aufgenommen wurde, weiß ich nicht. Unter den Geheimhalten des englischen Polizeipräsidenten der Bengalprovinz, Sir Leggart, befindet sich heute ein Schriftstück mit einer Charakteristik des Swarajisten S. C. Bose, worin es heißt: „... Wäre nach Intelligenz, Energie und Einfluß fähig, eine Aufstandsarmee zu formieren und zu leiten.“ Daß er jemals solches versucht hat, ist weder erwiesen noch wahrscheinlich. Ins Gefängnis brachte ihn, wie schon so manchen begabten jungen Inder, die Gefährlichkeit, die sich aus seiner Begabung ohne weiteres für den Unterdrücker ergibt; vor allem aber der in dem Attentat erwähnte „Einfluß“. Wie groß dieser schon in seinen jungen Jahren war, beweist der Umstand, daß ihn das Gemeindepalament der Weltstadt Kalkutta mit neunundzwanzig Jahren zum Stadtoberhaupt erwählte, welches gewählte Oberhaupt in den großen indischen Städten Bombay und Kalkutta seit einer Reihe von Jahren neben dem englischen Polizeimachthaber existiert. In jene Zeit seiner Bürgermeistertätigkeit fällt sein persönlicher Zusammenstoß mit dem Polizeidiktator Leggart, dem Organisator des Polizeipiktums in Kalkutta und einer der berühmtesten Gestalten in der Geschichte der Unterdrückung Indiens, indem Bose im Frühommer 1924 sich für zwei indische Kuli (Tagelöhner) einsetzte, die von zwei „unbeherrschten“ Gentlemen angegriffen und erheblich verletzt wurden. Da ein Kuli nach der in Indien gepflogenen englischen Rechtsauffassung weder eine unsterbliche Seele besitzt noch unter die Propositionen und Rekomendationen des Internationalen Arbeitsamtes fällt, so war es Herrn Leggarts Meinung, daß ein Freispruch der beiden Scharfschützen das einzig mögliche Urteil sei. Dagegen forderte Bose die Behandlung des Falles durch das ordentliche Gericht und die Bestrafung der Täter nach dem streng europäischen Gesehesbegriff der schweren Körperverletzung. Sehr gereizt schrieb ihm darauf Sir Leggart: „Wenn Sie den Fall zu einer nationalen Angelegenheit zu machen gedenken, so soll Bestrafung der Schuldigen erfolgen,“ worauf die verblüfften Oxfordschüler je zwei Goldstücke blechen mußten.

Um jene Zeit wurde im Londoner Kabinett über die „Bengalische Ordonanz“ beraten, jenes „Gesehe zur Aufhebung der Gesehe“, wie der Bengale es mit bitterem Sarkasmus nennt. Es besteht aus etwa einem Duzend Zeilen Text, welche ohne viel Umschreibung der politischen Polizei die Möglichkeit geben, eine beliebige Person zu beliebiger Tages- oder Nachtzeit zu verhaften und nach Birma in die Verbannung zu verschicken - „auch ohne hinreichenden Verdacht“, wie es wörtlich heißt, und vor allem auch ohne jegliche Anklage oder Verhandlung. Zweck des „Gesehes“ war, politische Persönlichkeiten mit großem Einfluß und gegen die kriminelle Anklagen nicht erfunden werden konnten, aus dem Wege zu schaffen. Bose ist nur einer von vielen energischen und fähigen Politikern (an denen in Indien besonders Bengalen reich ist), die auf diese Weise auf Jahre erledigt wurden. Am 12. Uhr in einer Augustnacht 1924 trat die Verordnung in Kraft, und am gleichen Morgen 5 Uhr wurde Bose aus seinem Bette weg in das birnensibirien geschleppt, wo er seitdem drei Jahre lang schmachtete. Zwei Monate vor Inkrafttreten der Verordnung, als über dieselbe noch in London verhandelt wurde, lag der unterzeichnete Haftbefehl gegen ihn bereits im Polizeibureau des Sir Leggart.

Ob war Bose in seinem Kerker krank, Regierung und Polizei fürchteten um sein Leben, dessen Ende unter solchen Umständen den Ausbruch eines furchtbaren Volkszornes be-





